



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw** und **Fraktion (AfD)**

Bedrohung durch jede Form des Extremismus ernst nehmen – Feindeslisten aller politisch- und religiös-extremistischen Gruppen aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bedrohung durch jede Form von Extremismus ernst zu nehmen. Bei Kenntnis über eine mögliche Bedrohung der Sicherheit von Personen insb. durch Gewaltaufrufe und sog. Todeslisten, müssen die betroffenen Personen und Einrichtungen umgehend über die Bedrohungslage informiert werden.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, umgehend zu prüfen, mit welchen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen die bedrohten Personen und Einrichtungen in Bayern geschützt werden können.

Begründung:

Nicht nur rechter Extremismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Linker sowie religiös motivierter Extremismus stellen ebenfalls eine nicht zu unterschätzende, gegenwärtige Bedrohung dar. Radikale Personen, Vereine und Gruppen rufen zu Gewalt gegen Andersdenkende auf und gehen sogar noch weiter. Die Fälle Frank Magnitz und nicht zuletzt der Mordfall Lübcke belegen, dass ausreichende Sicherheitsmaßnahmen nicht ergriffen wurden. Eine starke, wehrhafte Demokratie darf sich nicht nur auf einen Feind konzentrieren, sondern muss alle extremistischen Bedrohungen im Blick haben.

Eine Anfrage im Bundestag wurde wie folgt beantwortet: Beim Bundeskriminalamt (BKA) unter Politisch motivierter Kriminalität sind im ersten Quartal 2019 insgesamt 103 Straftaten gegen Parteieinrichtungen gezählt worden. Davon betrafen 41 die AfD, 13 die SPD, elf die CDU, zehn die GRÜNEN, neun die Linke, drei die CSU und vier sonstige Parteien. Ebenfalls wurden 217 Straftaten gemeldet, die sich gegen Mandats- und Amtsträger sowie Parteimitglieder richteten. Das BKA verzeichnete 114 Angriffe auf Funktionäre der AfD, bei der SPD waren 21 Mitglieder betroffen, bei den GRÜNEN 19, bei der CDU 15, bei der Linkspartei neun, bei der CSU eines und bei den Sonstigen vier.

Der Großteil der im ersten Quartal 2019 gezählten 408 Straftaten gegen Parteien war laut BKA politisch links motiviert (252). Weitere 71 wurden rechten Tätern angelastet. 84 Delikte waren nicht zuzuordnen und eine entfiel auf das Themenfeld ausländische Ideologie.

Ebenso kommt es immer häufiger vor, dass Wirte und Gaststättenbetreiber bedroht oder erpresst werden, wenn diese einer politischen Partei Räumlichkeiten und die Bewirtung für Veranstaltungen bieten. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um einfache Stammtische handelt oder um ordentliche Versammlungen, um an der Wesensbildung der Demokratie teilzunehmen.

Der Schutz vor Bedrohungsszenarien darf sich nicht auf einzelne Fälle, die Medienresonanz gefunden haben, beschränken, sondern muss sich ungeachtet des Ursprungs der Bedrohungen auf alle Betroffenen erstrecken.